

Das Dilemma von Erwartungen und Erfahrungen. Liberales im Ersten Weltkrieg

1. Einleitung: Der defensive Liberalismus nach 1918

Auf dem Davoser *Zauberberg* ließ Thomas Mann 1924 mit Ludovico Settembrini und Leo Naphta zwei Protagonisten, wie sie gegensätzlicher kaum sein konnten, den Ideenhaushalt des europäischen Liberalismus verhandeln. Aus der Erfahrung des Ersten Weltkriegs und dem skeptischen Rückblick der 1920er Jahre auf das lange 19. Jahrhundert inszenierte Mann einen Streit darüber, aus welchen Traditionslinien jenes Europa hervorgegangen sei, das sich in den Schweizer Lungensanatorien abbildete und durch den Erfahrungsbruch des Weltkrieges doch schon Vor-Vergangenheit geworden war. Unübersehbar waren in dieser Diagnose Krankheit und Auflösung zu Abbildern der umfassenden Krise am Ende eines Zeitalters geworden, in dem man den Triumph von Liberalismus und Fortschrittsglauben gesehen zu haben glaubte. Der endlose Streit zwischen Settembrini, dem Renaissancehumanisten, Aufklärungsoptimisten und unerschütterlichen Repräsentanten des bürgerlichen Fortschritts, und Leo Naphta, dem kommunistisch infizierten Jesuiten und gnadenlosen Apokalyptiker, um die Seele von Hans Castorp, dieses naiven Nachkommen hanseatischer Patrizier, endete nicht zufällig mit einem Selbstmord und der Auflösung der Zauberberg-Gesellschaft in den Wirren des Ersten Weltkrieges.¹

Während sich Settembrini zur Fortschrittsgeschichte Europas bekannte, die mit der Renaissance ihren Ausgang genommen habe, ohne die es weder Humanismus noch Sittlichkeit, weder Aufklärung noch Freiheit, weder die bürgerlichen Revolutionen noch den modernen Staat habe geben können, hielt Naphta den emphatischen Hochherzigkeiten seines italienischen Krankheitsgenossen die unterkühlte Logik entgegen: Das „heroische Lebensalter“ sei längst vorüber. Die Revolution der Zukunft gehe nicht mehr um liberale Ideale, sondern ruhe auf Disziplin, Opfer und Ich-Verleugnung. Für den wollenden Menschen könne bürgerliche Freiheit und humanistische Gerechtigkeit nur Lähmung, Schwäche und Nivellierung aller Gegensätze bedeuten. Man sei

1 Jörn Leonhard: Historik der Ungleichzeitigkeit: Zur Temporalisierung politischer Erfahrung im Europa des 19. Jahrhunderts. In: *Journal of Modern European History* 7/2 (2009), S. 145-168, hier S. 145.

„gerecht gegen den einen Standpunkt oder gegen den anderen. Der Rest war Liberalismus, und kein Hund war heutzutage mehr damit vom Ofen zu locken“.²

Der Erste Weltkrieg bedeutete für das liberale Erbe aller direkt und indirekt beteiligten Gesellschaften eine krisenhafte Herausforderung. Im Wissen um die Ergebnisse des Krieges und der politischen Belastungen der Zwischenkriegszeit entwickelte sich eine bis heute einflussreiche Interpretation: Danach sei in den Staaten, die 1918 zu den Verlierern gehörten, die politische Mitte, der bürgerliche Liberalismus ausgehöhlt worden, die extremen Ränder links und rechts hätten sich verstärkt, und die Linke sei in den besiegten Gesellschaften in der Phase der Revolutionen und der territorialen Auflösung der multiethnischen Empires zur dominierenden Macht geworden. Eine solche Entwicklung sei in den alliierten Siegerstaaten Großbritannien und Frankreich ausgeblieben. Hier, wie auch in Italien, Spanien und Portugal, hätten politisch in erster Linie und langfristig die Konservativen vom Umbruch des Ersten Weltkrieges profitiert.³ Solche holzschnittartigen Interpretationen speisen sich vor allem aus dem Wissen um die weiteren Entwicklungen der 1920er und 1930er Jahre. Sie unterschätzen die ausgesprochene Offenheit, das Nebeneinander verschiedener politisch-sozialer Ordnungsmodelle am Ende des Krieges und damit die spannungsreiche Utopienkonkurrenz.⁴

2. Erbe und Variabilität: Ausgangsbedingungen und Herausforderungen für europäische Liberale im Ersten Weltkrieg

Wie lässt sich die Wirkung des Ersten Weltkrieges für den Liberalismus aus der Vogelschauerspektive analytisch fassen?⁵ Die Voraussetzungen und Handlungsbedingungen für Liberale waren 1914 unterschiedlich gewesen. Die große Bandbreite politisch-konstitutioneller Möglichkeiten spiegelte dabei die historischen Entwicklungsstufen des Liberalismus wider. Neben den parlamentarisch-demokratischen Republiken in Frankreich und den USA dominierte zunächst ein Spektrum von konstitutionellen und parlamentarischen Monarchien: Am schwächsten waren die Grundlagen in der russischen Duma,

2 Thomas Mann: Der Zauberberg. In: Ders.: Große kommentierte Frankfurter Ausgabe, Bd. 5.1, hrsg. von Michael Neumann. Frankfurt/M. 2002, S. 603 und 1047.

3 John A. Turner: The Challenge to Liberalism: The Politics of the Home Fronts. In: Hew Strachan (Hrsg.): The Oxford Illustrated History of the First World War, Oxford 1998, S. 163-178, hier S. 178; Michael Cox: E. H. Carr and the Crisis of Twentieth-Century Liberalism. Reflections and Lessons. In: Millennium: Journal of International Studies 38 (2010), S. 523-533.

4 Vgl. im folgenden Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, 3. Aufl. München 2014, S. 758-767 und 796-805.

5 Ebd., S. 758-759.

die sich nach 1906 nicht zu einem stabilen Forum liberaler Politik entwickeln konnte. In Konfliktfällen vom Zaren vertagt, fehlte dem parlamentarischen Liberalismus hier ein politisches Selbstbewusstsein. Liberale trugen zwar 1915 zur Bildung des oppositionellen Progressiven Blocks bei, aber die restaurative Wende des Zaren 1915/16 nahm man letztlich hin und verspielte damit auch jenes Vertrauen, dessen die Duma in der Krise 1917 bedurft hätte, um sich gegen konkurrierende Machtzentren durchzusetzen.⁶

In Österreich-Ungarn war die Krise des konstitutionellen Liberalismus vor 1914 besonders offenkundig: Während das Parlament in Wien seit Frühjahr 1914 sistiert war, setzten die ungarischen Magyaren auf einen repressiven Kurs gegenüber anderen ethnischen Gruppen – eine konstitutionelle Integration der multiethnischen Monarchie gelang also weder in dem einen noch in dem anderen Reichsteil.⁷

Im Deutschen Reich setzten sich auch im Reichstag die Spannungsmomente der inneren Nationsbildung seit 1871 fort. Die historischen Zeitschichten des Liberalismus waren in Deutschland gleichsam übersetzt in die Komplexität des Wahlrechts, von dessen Ausgestaltung auch die Stärke der liberalen Parteien abhing: Denn während das allgemeine Männerwahlrecht für den Reichstag tendenziell eher den Sozialdemokraten und dem Zentrum als den liberalen Parteien zugute kam, sicherte das beschränkte Wahlrecht in vielen Kommunen den Liberalen die Grundlage für eine sehr erfolgreiche Politik. Ihr Verhalten zum preußischen Dreiklassenwahlrecht war schließlich für viele Zeitgenossen der Maßstab für ihre Glaubwürdigkeit im Blick auf die politisch-konstitutionelle Zukunft des kleindeutschen Nationalstaats.⁸

In all. diesen Staaten agierten Liberale zumeist als Opposition, waren also von konkreter politischer Mitwirkung ausgeschlossen. In Italien dagegen waren sie im Rahmen der *Destra storica* unter Ministerpräsident Giovanni Giolitti an der Macht. Aber hier war der Gegensatz zwischen der formal parlamentarischen Monarchie und der Realität eines vielfach korrupten Parlamentarismus, einer wachsenden Entfremdung zwischen Parlament und Bevölkerung besonders evident. Die wachsende Kritik am „liberalen System“ von Ministerpräsident Giolitti vor 1914 stellte auch den nationalen und säkularen Liberalismus in seiner Frontstellung gegen Katholizismus und Sozialismus infrage. 1914/15 wurde der Liberalismus in Italien bereits vielfach mit der Neutralitätsstrategie

6 Michael F. Hamm: *Liberal Politics in Wartime Russia. An Analysis of the Progressive Bloc*. In: *Slavic Review* 33 (1974), S. 453-468; William G. Rosenberg: *Liberals in the Russian Revolution. The Constitutional Democratic Party, 1917-1921*, Princeton 1974; Raymond Pearson: *The Russian Moderates and the Crisis of Tsarism 1914-1917*. London 1977; Dietmar Neutatz: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 110-151.

7 Mark Cornwall: *Austria-Hungary and „Yugoslavia“*. In: John Horne (Hrsg.): *A Companion to World War I*: Malden/Mass. 2010, S. 371-385, hier S. 372 ff.

8 Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 211-227.

Giolittis gleichgesetzt und entsprechend mit den Negativattributen der Feigheit, des Defätismus und des fehlenden Patriotismus, des Verrats an den Irredenta identifiziert.⁹ Weil man in Frankreich den ausgeprägten Parlamentarismus und die Schwäche der Exekutive mit über 50 Regierungen zwischen 1871 und 1914 als problematisches Erbe der Revolutionsabfolgen seit 1789 und damit auch des konstitutionellen Liberalismus ansah, wurde die Frage nach der Überlebensfähigkeit einer politisch derart organisierten Republik in einem künftigen Krieg umso kontroverser diskutiert.¹⁰ In Großbritannien schließlich existierten vor 1914 nicht allein vergleichsweise hochorganisierte Parteien; hier war der Liberalismus seit 1906 auch an der Regierung, und das sollte zunächst auch die Politik im Krieg prägen, bis sich dann bald die Krisensymptome zeigten.¹¹

Vor diesem Hintergrund markierte der Weltkrieg nicht nur den Ursprung neuer Krisenmomente, sondern auch die Fortsetzung und Zuspitzung von Entwicklungen der Vorkriegszeit. Mit immer längerer Dauer des Krieges schälten sich mindestens vier strukturell neue Herausforderungen des Liberalismus heraus.¹² Das waren zunächst, erstens, die inneren Krisen- und Spannungsmomente der Gesellschaften, die als nationale Kriegsgemeinschaften Stärke nach außen und Geschlossenheit nach innen mobilisieren mussten. Aber in der Praxis bedeutete die Suche nach der uneingeschränkten Loyalität der Bürger, dass mit den Prinzipien von Inklusion und Exklusion und der um sich greifenden Herrschaft des Verdachts das liberale Paradigma einer pluralen Gesellschaft unter immer größeren Rechtfertigungsdruck geriet. Gerade mit der ideologischen Mobilisierung von Kriegsgesellschaften im Zeichen eines ausgrenzenden Kriegsnationalismus wurden viele der liberalen Wertideen in Europa teils radikal in Frage gestellt.¹³ So erfuhren Liberale gleich zu Beginn des Krieges, wie schnell und relativ leicht sich erkämpfte Grund- und Bürgerrechte im Rahmen von Kriegsregimes und Notstandsordnungen suspendieren ließen.

Dazu kamen zweitens die in allen Kriegsgesellschaften bald von führenden Militärs entwickelten politischen Gestaltungsansprüche; so veränderte sich das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Sphäre. Das zeigte sich in den

- 9 D. J. Forsyth: *The Crisis of Liberal Italy 1914-1922*. Cambridge 1993; Hans Woller: *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert*. München 2010, S. 33-42 und 62-77.
- 10 Robert Gildea: *Children of the Revolution. The French, 1799-1914*. Cambridge/Mass. 2008, S. 437-443.
- 11 Cameron Hazlehurst: *Politicians at War July 1914 to May 1915: A Prologue to the Triumph of Lloyd George*. London 1971; John Turner: *British Politics and the Great War*. New Haven 1992; Adrian Gregory: *The Last Great War. British Society and the First World War*. Cambridge 2008, S. 70-111.
- 12 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 759-761.
- 13 Jörn Leonhard: *Vom Nationalkrieg zum Kriegsnationalismus – Projektion und Grenze nationaler Integrationsvorstellungen in Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg*. In: Ulrike v. Hirschhausen/Jörn Leonhard (Hrsg.): *Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich*. Göttingen 2001, S. 204-240.

Auseinandersetzungen zwischen dem britischen Premierminister Herbert Asquith und dem Oberkommandierenden John French und später zwischen David Lloyd George und Douglas Haig. Aber in Großbritannien ging die zivile Regierung 1917/18 letztlich gestärkt aus diesen Konflikten hervor. Auch in Frankreich behauptete sich das Parlament gegen die Eigendynamik der Generalstäbe und sicherte sich nicht allein Mitsprache, sondern auch eine politische Kontrolle des Militärs. In Italien dagegen weigerte sich der Oberbefehlshaber Luigi Cadorna lange Zeit erfolgreich, die Politik in militärische Entscheidungsprozesse einzubinden.¹⁴ Das österreichisch-ungarische Armeekommando verfügte angesichts des bis Frühjahr 1917 sistierten Parlaments in Wien über enormen politischen Einfluss. Im Deutschen Reich schließlich manifestierte sich der umfassende Anspruch der Dritten Obersten Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff besonders stark, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter das Primat der Kriegführung zu zwingen und ohne Rücksichtnahme auf Parlament und Regierung eine eigene Politik zu verfolgen. Das Militär wurde zu einem extra-konstitutionellen Machtzentrum, das angesichts der Bedeutung des Krieges lange Zeit hohe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung genoss und dabei auch den Kaiser immer mehr in den Schatten stellte – der Sturz von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im Sommer 1917 war daher gerade nicht Ausdruck der Stärke der Opposition im Reichstag, sondern reflektierte die Macht der Militärs.¹⁵

Eine dritte Herausforderung für die Liberalen markierten die expandierenden Kriegsstaaten. Sie standen für die politische, ökonomische und soziale Mobilisierung im Namen des Krieges. Der Krieg wurde für den Interventionsstaat zu einem Möglichkeitsraum; nicht zufällig beflügelte das bei den Progressivists in den Vereinigten Staaten auch weitgespannte Hoffnungen auf politische und soziale Reformen.¹⁶ Aber die institutionelle Ausweitung der Kriegsstaaten, ihre ökonomische Machtposition und vor allem die Aufhebung von Grund- und Bürgerrechten im Zeichen einer immer dichterem Überwachung und Kontrolle stellte viele Liberale vor ein Dilemma. Die Privatsphäre

- 14 David R. Woodward: *Lloyd George and the Generals*. London 1983; Jere Clemens King: *Generals and Politicians: Conflict between France's High Command, Parliament and Government, 1914-1918*. Berkeley 1951; J. Whittam: *The Politics of the Italian Army*, London 1976.
- 15 Turner: *Challenge to Liberalism* (wie Anm. 3), S. 173-175; Martin Kitchen: *The Silent Dictatorship: The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916-1918*. London 1979; Manfred Nebelin: *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*. München 2010.
- 16 John A. Thompson: *Reformers and War: American Progressive Publicists and the First World War*. Cambridge 1987; Jörn Leonhard: *Progressive Politics and the Dilemma of Reform: German and American Liberalism in Comparison, 1880-1920*. In: Maurizio Vaudagna (Hrsg.): *The Place of Europe in American History: Twentieth Century Perspectives*. Turin 2007, S. 115-132.

des Individuums geriet im Krieg stärker als je zuvor in den Fokus staatlichen Handelns.

Viertens schließlich bildeten sich durch den Krieg neue Strukturen im Verhältnis von Kapital, Arbeit und Staat heraus. Max Weber fürchtete vor diesem Hintergrund, dass die staatlich verwalteten Monopole überhandnehmen könnten. Dagegen müsse man „den gewaltigen Faktor der industriellen selbständigen Unternehmen und ihrer Beamten als Hauptträger der deutschen Wirtschaft“ konservieren. Das deutsche Staatsbeamtentum benötige stets „einen belebenden Gegenpart im privaten Unternehmer“ und Ingenieur. Dieser „Dualismus von ‚staatlich‘ und ‚frei‘ in Beziehung auf die Ordnung des Volkslebens“ charakterisiere die ganze deutsche Geschichte.¹⁷

Die neuen Kooperationsformen zwischen Unternehmern und Staatsbürokratien, wie sie Walther Rathenau in Deutschland oder der Eisenbahnunternehmer Eric Geddes in Großbritannien verkörperten, die zahlreichen neuen Mischformen zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlich-staatlichen Ordnungsmodellen, aber auch das Auftauchen neuer Interessenorganisationen wie des Zentralvereins deutscher Industrieller in Deutschland oder der Federation of British Industries in Großbritannien, veränderten die Handlungsmöglichkeiten von Liberalen.¹⁸ Hinzu kamen noch die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern: Auf all‘ diesen Ebenen spielten der Kriegesstaat und seine Behörden eine entscheidende Rolle. Staatlich-bürokratische Regelungswut, der Fokus auf korporativen Elementen, die Diskussion um den „organisierten Kapitalismus“, um soziale Gewinner und Verlierer des Krieges – all‘ das stellte überkommene wirtschaftsliberale Vorstellungen infrage, und es lenkte den Blick von der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft auf andere soziale Gruppen, die für den Fortgang des Krieges wichtiger schienen als klassische Kreise des liberalen Bürgertums.¹⁹

17 Josef Redlich: Das politische Tagebuch Josef Redlichs, Bd. 2: 1915-1919, bearb. von Fritz Fellner. Graz 1954, hier Bd. 2, 6. Juni 1916, S. 120 f.

18 Turner: Challenge to Liberalism (wie Anm. 3), S. 177; Jay Winter: Großbritannien. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, 2. Aufl. Paderborn 2004, S. 50-63, hier S. 55; Bernd-Jürgen Wendt: War Socialism – Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen 1974, S. 117–149.

19 Rudolf Hilferding: Arbeitsgemeinschaft der Klassen? (1915). In: Cora Stephan (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940. Berlin 1982, S. 63-76; Heinrich August Winkler: Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus. In: Ders. (Hrsg.), Organisierte Kapitalismus (wie Anm. 18), S. 9-18.

3. Erwartungen: Liberale Selbstpositionierungen am Beginn des Krieges

Krisensymptome für den Liberalismus hatten sich bereits bei Kriegsausbruch gezeigt. Innerhalb weniger Tage und Wochen wurden ein bestimmter Politikstil und ein Ordnungsdenken suspendiert, das bei allen nationalen Unterschieden doch ein anerkanntes Erbe des Liberalismus war. Praktisch überall wurden unter dem Vorwand politisch-konstitutioneller Ausnahmestände und Notfallregimes zahlreiche Grundrechte aufgehoben. Die sich häufig ausbildende Doppelstruktur von politisch-zivilen und militärischen Behörden in den Heimatgesellschaften dominierte, während nach den symbolischen parlamentarischen Momenten – der Bewilligung der Kriegskredite – die Parlamente zunächst in den Hintergrund traten, wenn sie nicht wie in der österreichischen Reichshälfte der Doppelmonarchie bereits vor 1914 sistiert worden waren.²⁰ An den vielfältigen Burgfriedenskonstellationen in den Kriegsgesellschaften waren die Liberalen aktiv beteiligt, aber die eigentliche Aufmerksamkeit galt nicht ihnen, sondern der Integration der Linken. Deutsche Liberale waren vor diesem Hintergrund dazu bereit, ihre innenpolitischen Reformziele bis nach Kriegsende zu vertagen. Emphatisch vertraten viele von ihnen die deutschen „Ideen von 1914“ gegen die von 1789 und beteiligten sich intensiv an den Kriegszieldiskussionen. Die Forderungen der preußischen Nationalliberalen hinsichtlich eines künftigen deutschen Siedlungsraums im Osten deckten sich schon 1915 mit denen der Alldeutschen.²¹

Aber der Blick auf einen Liberalen wie Ernst Troeltsch zeigt doch auch, wie komplex sich der Erwartungshorizont zu Kriegsbeginn darstellte. Seit 1894 in Heidelberg als Professor für Systematische Theologie tätig, hatte sich Troeltsch in seinen Werken vor 1914 mit der Frage auseinandergesetzt, wie die sozialen Ordnungsmodelle der Weltreligionen und zumal des Protestantismus an der Herausbildung einer europäischen Moderne mitgewirkt hatten und damit einen Entwicklungsprozess in den Mittelpunkt seiner Forschungen gestellt, der sich gerade nicht mehr auf die Grenzen einzelner Nationalstaaten beschränken ließ.

In einer Rede in Heidelberg Anfang August 1914 betonte er allerdings die Leistungen des neuen deutschen Nationalstaats, seine wirtschaftliche Kraft und die Ausstrahlungen seiner bürgerlichen Kultur in alle Teile der Gesellschaft.

20 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 208-209.

21 Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland* (wie Anm. 8), S. 228; Ernest A. Menze: *War Aims and the Liberal Conscience: Lujo Brentano and Annexationism During the First World War*. In: *Central European History* 17 (1984), S. 140-158; Klaus von See: *Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg*. Frankfurt/M. 1975; Steffen Bruendel: *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

Aber er warnte auch vor den „großen Friedenstäuschungen“ und der Annahme, dass der allgemeine Fortschritt allein „von selber mit Notwendigkeit durch die Macht des Geistes vorwärtstriebe“. Vielmehr komme „stets der Punkt, wo diese geistige Entwicklung verteidigt und behauptet werden muß [sic!] durch entschlossene Tat und den Einsatz des Lebens“. Dieser notwendige Wechsel zwischen Frieden und Krieg war für Troeltsch wie für viele Zuhörer aus dem Bildungsbürgertum ein Leitmotiv der deutschen Geschichte, das es ihm erlaubte, den Krieg der Gegenwart als den neuen dritten Schlesischen Krieg nach 1866 und 1870 zu bezeichnen und damit die Selbstbehauptung des deutschen Nationalstaates gegen „Neid und Haß [sic!] der Fremden“ mit dem Kampf des friderizianischen Preußens im Siebenjährigen Krieg zu vergleichen.²²

Das Feindbild konzentrierte sich weniger auf Frankreich mit der erwartbaren Revanche für die Niederlage von 1871. Vielmehr begründete Troeltsch den Krieg mit einem generellen Zivilisationsgefälle und im Blick auf die Slawen, deren Unfreiheit und Barbarei die ungleiche Allianz der Gegner von vorneherein unglaubwürdig machte: „Genährt von einer hetzenden Journalistik ohne Bedenken, arbeitend mit allen Künsten verbrecherischer Verschwörung, barbarischer Wut und asiatischer Tücke bricht das Slaventum gegen uns los, und ein geistvolles Volk wie die Franzosen, das Volk der europäischen Demokratie und Freiheit, will mit ihnen zusammen in widerspruchsvollem Bunde über uns herfallen und seine Revanchesuppe kochen an diesem allgemeinen Brand.“²³ War es 1870/71 um den Abschluss der Nationalstaatsbildung gegangen, so stehe nun „Sein und Leben“ der Nation und die Sicherung des Erreichten im Zentrum, die Troeltsch aber programmatisch mit der „inneren Freiheit des deutschen Bürgers“ als einem Erbe des bürgerlichen Liberalismus identifizierte und von der Unfreiheit Russlands unterschied. Es ging also nicht allein um die Befreiung von der russischen Gefahr, sondern auch darum, diese Freiheit in Deutschland auszugestalten und damit auch dem Anspruch auf politische Modernität zu entsprechen. Troeltsch erinnerte daran, dass dieser Krieg mit den von allen zu tragenden Lasten und Opfern auch die äußere Freiheit, die Ausgestaltung der gleichen politischen Teilhabe für alle Deutschen mitbedinge. Das zielte schon jetzt auf politische Reformen, etwa die des preußischen Dreiklassenwahlrechts: „Wir bringen die Dauer unseres Vaterlandes und den Sieg der Freiheit nach Hause, der Freiheit nicht nur vom zaristischen Absolutismus, sondern auch der inneren Freiheit des deutschen Bürgers. Wo es an ihr noch fehlt, wird man daran gedenken, daß das Wohl des Vaterlandes allen Männern vom 17. bis 45. Lebensjahre gleichermaßen anvertraut ward und daß [sic!] nur ihr guter Wille, ihre freudige Vaterlandsbegeisterung das große

22 Ernst Troeltsch: Nach der Erklärung der Mobilmachung, 2. August 1914. In: Peter Wende (Hrsg.): Politische Reden Bd. 3: 1914-1945, Frankfurt/M. 1994, S. 9-19, hier S. 11.

23 Ebd., S. 11.

Werk möglich machte.“ Aus dem unifizierenden Kriegsoffer leitete Troeltsch die Vision einer nationalen Gemeinschaft jenseits der überkommenen Klassenkonflikte ab, denn der gemeine Mann werde die „Notwendigkeit der Disziplin und Einigkeit nicht nur für den Klassenkampf der Agrarier oder Handarbeiter, sondern für die Gesamtheit der Nation“ begreifen.²⁴ Hier vor allem setzte Troeltschs Idee einer besonderen deutschen Konzeption der Freiheit an, die ihn zu einem der Protagonisten deutscher „Kulturwerte“ gegenüber den Feinden im Osten und Westen machte und die in seiner 1916 publizierten Schrift *Die deutsche Idee von der Freiheit* kulminierte.²⁵

Bemerkenswert war nicht nur die Erwartung des Liberalen Troeltsch, der auf politisch-konstitutionelle Fortschritte und soziale Versöhnung im Zeichen des Krieges hoffte, die seit 1871 unvollkommen geblieben waren und alle Erfolge des jungen Nationalstaates stets ambivalent erscheinen ließen. Der Theologe Troeltsch sah in diesem modernen Krieg auch ein widersprüchliches Nebeneinander von Rationalität, Planung, Sachverstand und einem Einbruch des Irrationalen, Unberechenbaren. Dieser Krieg werde nicht mehr mit den poetischen Waffen und im Zeichen ritterlicher Kampfetiken des frühen 19. Jahrhunderts ausgetragen. Im Zeichen von neuen Maschinenwaffen war ein klassischer Heldenkampf nicht mehr vorstellbar: „Es sind die technischen, mühseligen Waffen des modernen Krieges mit unendlicher Vorbereitung und Berechnung, mit der Unsichtbarkeit des Gegners und der Bedrohtheit aus unbekanntem Richtungen, mit der verwickelten Fürsorge für ungeheure Massen und einem gewaltigen Sicherungs- und Deckungsdienst. Es sind Waffen der Berechnung, der Besonnenheit, der Ausdauer, und nur an einzelnen Höhepunkten gibt es das dramatische Heldentum, nach dem die Seele der Jugend lechzt.“²⁶

Der Krieg stellte auch alle überkommenen bürgerlichen Sekuritätsversprechen, die auf Rationalität beruhenden sozialen und staatlichen Ordnungsstrukturen aus dem 19. Jahrhundert und damit auch die Basis bürgerlicher Kultur radikal in Frage: „So zerbrechen auch uns heute alle rationellen Berechnungen. Alle Kurszettel und Kalkulationen, die Versicherungen und Zinsberechnungen, die Sicherstellungen gegen Unfälle und Überraschungen, der ganze kunstreiche Bau unserer Gesellschaft hat aufgehört, und über uns allen liegt das Ungeheure, das Unberechenbare, die Fülle des Möglichen.“²⁷ Das war bei aller Zuspitzung von nationalen Selbstentwürfen und Feindbildern eine ungemein klarsichtige Analyse, und sie nahm viele Aspekte der militärischen, politischen und sozialen Erfahrungsräume des Krieges, nicht zuletzt seinen Charakter als Basis für ganz neue Entwicklungen vorweg.

24 Ebd., S. 16.

25 Ernst Troeltsch: Die deutsche Idee von der Freiheit. In: Die neue Rundschau 27 (1916), S. 50-75.

26 Troeltsch: Nach der Erklärung der Mobilmachung (wie Anm. 22), S. 12.

27 Ebd., S. 17f.

Liberalen nahmen in vielen Ländern auch am Kulturkrieg teil, aber gerade in diesem Zusammenhang zeigten sich auch früh dezidiert antiliberalen Spiegelungen und Antiliberalismen, etwa bei dem englischen Philosophen Thomas Ernest Hulme oder auf deutscher Seite bei Max Scheler und Ferdinand Tönnies: Sie alle betonten die organische Gemeinschaft gegen die Prinzipien der pluralen Gesellschaft. Diese Frontstellungen gegen den Liberalismus waren durchaus transnational, und sie nahmen im Laufe des Krieges erheblich zu. Programmatisch gerieten Liberale schon hier scheinbar in die Defensive.²⁸

4. Erfahrungen im Krieg: Kriegstaatlichkeit, Zwang und Kontrolle

Als im Laufe des Jahres 1915 die Zahlen der Kriegsfreiwilligen in Großbritannien sanken, während die Verlustzahlen auf hohem Niveau verharrten, intensivierte sich die Diskussion um die Wehrpflicht. Daraus entwickelte sich bald ein Kristallisationskern der innenpolitischen Entwicklung: Nicht nur für die Liberalen markierte die Einführung der Wehrpflicht ab Januar 1916 eine entscheidende Veränderung; an dieser Maßnahme wurde exemplarisch erkennbar, wie der Handlungsdruck den Staat und das überkommene liberale Erbe des 19. Jahrhunderts veränderte. Auch für das Britische Empire sollte die Wehrpflicht große Auswirkungen haben, wie sich in Australien und vor allem in Kanada zeigte.²⁹

Die Wehrpflicht wurde für viele Zeitgenossen zum Symbol für einen expandierenden Kriegsstaat, der unmittelbar in das Leben von Millionen von Menschen eingriff. Das wog umso schwerer, als diese Form der Staatlichkeit in Großbritannien so nie existiert hatte. Vielmehr hatte sie über lange Zeit als kontinentaleuropäisches Feindbild gedient, um das eigene Selbstbewusstsein als freiheitlich-parlamentarische Ordnung von den stehenden Heeren als militärische Verfügungsmasse absoluter Fürsten umso wirkungsvoller abzuheben. Für die Whig interpretation of history, jene Meistererzählung, in der die eigene Geschichte als Abfolge von erfolgreichen Freiheitskämpfen erschien, um die Parlamentssouveränität gegen Armeen und die Herrschaftsansprüche katholischer und absolutistisch gesinnter Monarchen durchzusetzen, hatte dies stets große Bedeutung gehabt.³⁰ 1916 widersprach das Ende des Freiwilligen-

28 Peter Hoeres: *Krieg der Philosophen. Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*. Paderborn 2004.

29 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 490 f.; Ralph James Q. Adams/Philip P. Poirier: *The Conscription Controversy in Great Britain, 1900-18*. Basingstoke 1987, S. 119-170; Peter Simkins: *Kitchener's Army. The Raising of the New Armies, 1914-16*. Manchester 1988, S. 138-161.

30 Jörn Leonhard: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750-1914*. München 2008, S. 83 ff., 282-285 u. 464-472.

prinzips gerade für viele Liberale den etablierten Freiheitstraditionen des Landes. Die Einführung der Wehrpflicht Anfang 1916 schien in ihren Augen genau jenen Prinzipien des preußischen Militärstaates zu folgen, um deren Bekämpfung es in diesem Krieg hatte gehen sollen.

In der politischen Auseinandersetzung hatten die Schlüsselbegriffe „conscription“ und „compulsion“ schon 1915 den Konflikt vieler Liberaler mit dem expandierenden Kriegsstaat und die Kritik auch außerhalb des Parlaments geprägt, zumal er sich unter der liberalen Regierung von Premierminister Asquith vollzog. Hier deutete sich die Krise des politischen Liberalismus im Krieg an. Während „compulsion“ für die immer umfassenderen Regulierungen und Eingriffe des Rüstungsministeriums unter Lloyd George in die Bewegungsfreiheit der Arbeiter und die Handlungsspielräume der Gewerkschaften stand, war „conscription“ für viele britische Liberale gleichbedeutend mit einem Militärstaat, der die Freiheitsrechte des Individuums immer mehr einschränkte. Im Juni 1915 hatte man in der „Westminster Gazette“, einem der Sprachrohre der New Liberals, zwar die besondere Situation eines Krieges anerkannt: „We place no limits on the claims of the state to the service of its individual citizens in a struggle in which its honour, and it may be its existence, is at stake.“³¹ Aber je näher die Einführung der Wehrpflicht rückte, desto stärker wurde die Angst, das Land könne seine historischen Freiheitstraditionen verraten, indem es unter dem Zwang des Krieges und seiner Opfer den „Prussianism“ zu seinem eigenen Prinzip erhebe. Die konkrete Verkörperung von Machtstaat und militärischem Absolutismus aber identifizierte man mit dem Prinzip der Wehrpflicht. Die partizipatorische Dimension des Vaterlandsverteidigers in der Tradition der Französischen Revolution spielte in dieser britischen Diskussion dagegen keine Rolle.

In der Zeitschrift „Nation“ ging man bereits im Oktober 1915 so weit, mit der Wehrpflicht den Verrat an den liberalen Prinzipien und das Ende der Liberal Party zu identifizieren: „We go to war professedly to fight for freedom, and are rapidly introducing industrial and military slavery here... There will be no Liberal Party as we have known it. It is abdicating its birthright; it will have lost its soul.“³²

31 Methods of Controversy. In: Westminster Gazette, 2. Juni 1915, zitiert nach: Michael Freedon: Liberalism Divided. A Study in British Political Thought 1914-1939. Oxford 1986, S. 20.

32 J. R. Tomlinson: Liberalism and the War. Letter to the Editor. In: Nation, 23. Oktober 1915, zitiert nach: Freedon: Liberalism Divided (wie Anm. 31), S. 22.

5. Das Jahr 1917 als Scharnier – Krise, Polarisierung und Antiliberalismus

1917 spitzten sich die ideologischen Polarisierungen zu – mit erheblichen Folgen für den Liberalismus nicht allein in Deutschland. Zur innenpolitischen Defensive, der Konfliktstellung der Liberalen gegenüber links und rechts, trat die ideologische Konkurrenz von außen, nämlich gegenüber den konkurrierenden Utopien des demokratisch-egalitären und des bolschewistischen Internationalismus. Mit Lenin und Wilson entstand eine Utopienkonkurrenz – an diesen neuen politischen, sozialen und internationalen Ordnungsmodellen konnte die Überzeugungskraft der Liberalen ab jetzt gemessen werden. In Petrograd konnte man wie in einem Laboratorium beobachten, wie sich Krieg und Revolution miteinander verbanden und Institutionen wie Dynastie, Monarchie und Imperium innerhalb kurzer Zeit weggefegt wurden.³³

Die Hoffnungen, die sich mit dem Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verbanden, die Kopplung von Frieden, nationaler Selbstbestimmung und demokratischem Prinzip kamen nicht zum Durchbruch – weder innenpolitisch, noch im Bereich der internationalen Beziehungen: Der „Wilsonian Moment“ scheiterte insofern doppelt. Das grundsätzlichere Problem aber, das sich den Liberalen im Krieg stellte, brachte Thomas Mann 1917 auf den Punkt: Was waren politische, konstitutionelle, soziale Reformen wert, wie glaubwürdig waren sie, wenn sie allein aus der zunehmenden Erschöpfung der Kriegsgesellschaften resultierten. Im Dezember 1917 schrieb er: „Weltfriede ... Wir Menschen sollten uns nicht allzu viel Moral einbilden. Wenn wir zum Weltfrieden, zu einem Weltfrieden gelangen – auf dem Wege der Moral werden wir nicht zu ihm gelangt sein. Scheidemann sagte neulich, die Demokratie werde auf Grund der allgemeinen Erschöpfung reißende Fortschritte machen. Das ist nicht sehr ehrenvoll für die Demokratie – und für die Menschheit auch nicht. Denn die Moral aus Erschöpfung ist keine so recht erbauliche Moral.“³⁴

Dennoch resultierte aus den mit Wilson und Lenin identifizierten Programmen und Strategien eine neue Situation. Das aber gab der Tatsache, dass die innenpolitischen Burgfriedenskonstellationen 1917 auch in den kriegführenden Gesellschaften des Westens erodierten, eine besondere Dramatik – denn jetzt existierte ein Gegenmodell, auf das man sich konkret berufen konnte. Vor allem schien der reformorientierte Kurs der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa für die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, aber auch für die Politikpraxis mit der faktischen Anerkennung der Gewerkschaften, nicht nur geeignet, sondern den liberalen Ordnungs-

33 Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 4), S. 762-763.

34 Thomas Mann: Weltfrieden? (27. Dezember 1917). In: ders.: Große kommentierte Frankfurter Ausgabe Bd. 15/1, hrsg. von Hermann Kurzke, Frankfurt/M. 2002, S. 212-215, hier S. 212.

dellen sogar überlegen. Einerseits wurden Sozialisten in die Kriegsregierungen in Paris und London integriert – so Alexandre Millerand in Frankreich und Arthur Henderson in Großbritannien – nicht jedoch in Deutschland.³⁵ Andererseits nahmen die Spannungen innerhalb der Linken in der Frage zu, ob man die Fortsetzung des Krieges weiterhin unterstützen sollte. Die Abspaltung der USPD in Deutschland unterstrich, wohin diese Konflikte führen konnten. Darin spiegelten sich weniger ideologische Entscheidungen und die Ergebnisse der Exilkonferenzen der radikalen Linken in Zimmerwald und Kiental wider, sondern die seit 1916/17 immer drängenderen Probleme und sozialen Kosten der Durchhalte-Gesellschaften im Krieg.³⁶

Etwas anderes kam 1917 hinzu: die aggressive Mobilisierung von rechts gegen den politischen Liberalismus. In Deutschland wurden die maximalistischen Kriegsziele der Alldeutschen, darin unterstützt von der Dritten OHL, immer mehr zur Belastung der Kanzlerschaft BethmannHollwegs. In der Krise um den Übergang zum unbeschränkten U-Boot-Krieg kollabierte faktisch die konstitutionelle Praxis des deutschen Parlaments, und das Militär erzwang in einer Art von negativer Koalition mit den Fraktionen von der Rechten bis zum Zentrum und durch Ludendorffs Rücktrittsdrohung den Fall des Kanzlers.

Aus der Friedensresolution der bisher ausgeschlossenen Oppositionsparteien im Reichstag ging zwar eine grundlegend veränderte Parteienkonstellation hervor. Aber bei näherem Hinsehen erwies sich, wie widersprüchlich deutsche Liberale dabei agierten: Nationalliberale forderten mehr Macht für den Reichstag und die Aufhebung der Pressezensur, weil sie den in ihren Augen schwachen Reichskanzler und seinen Kurs gegen maximalistische Kriegsziele ablehnten. Insbesondere Gustav Stresemann kritisierte die „Politik des Entgegenkommens und der Konzessionen“, während die Linksliberalen die Regierung zu stärken suchten: Friedrich Naumann wandte sich entsprechend gegen die „Ministerstürzer“ und das „Herumgreifen in uneroberten Ländern“.³⁷ Obwohl sich die Nationalliberalen im Streit um die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts von der konstitutionellen Monarchie distanzieren, blieb ein klares Bekenntnis zur konsequenten Parlamentarisierung aus. Doch auch die Linksliberalen scheuten den Konflikt. So blieb in Deutschland die evolutionäre stille Parlamentarisierung unvollkommen. Ihre Verknüpfung mit der Hoffnung auf einen milden Wilson-Frieden 1918 wurde vielmehr zu einer langfristigen Belastung.³⁸

35 Turner: *Challenge to Liberalism* (wie Anm. 3), S. 166 und 168 f.; Majorie Farrar: *Principled Pragmatist: The Political Career of Alexandre Millerand*. London 1991.

36 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 763 f.

37 Zitiert nach: Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland* (wie Anm. 8), S. 229.

38 Alastair P. Thompson: *Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Politics*. Oxford 2000, S. 359-390.

Obwohl 1917 die Parlamente in vieler Hinsicht an Gewicht gewannen, offenbarte sich, wie problematisch ihre Rolle sein konnte. Weder in Russland, noch in Deutschland und auch nicht in Österreich-Ungarn gelang eine innenpolitische Stabilisierung auf parlamentarisch-konstitutioneller Grundlage und im Rekurs auf einen gemeinsamen Konsens. Vielmehr wurden die Petrograder Duma, der Berliner Reichstag und der Wiener Reichsrat zu Foren ideologischer Polarisierung, so etwa in der Gründung der Vaterlandspartei in Deutschland im September 1917 als Sammelbecken für alle diejenigen, die pangermanische Kriegsziele verfolgten.³⁹ Aber auch die Spaltung der parlamentarischen Linken SPD/USPD und die nationalistisch aufgeheizten Konflikte zwischen deutschen und tschechischen Abgeordneten in Wien illustrierten dieses Problem. Eine Basis für konstitutionell-parlamentarische Integration oder ein Forum für eine inkrementale Konsenssuche innerhalb von Kriegsgesellschaften stellten die Parlamente in diesen Gesellschaften nicht dar.

Aber 1917 markierte auch in Frankreich und Großbritannien eine Krise der liberalen Politikgestaltung. Nachdem das Briand-Kabinett noch vor der Katastrophe der Nivelle-Offensive und der Massenmeuterei gestürzt worden war, wurde nun die neue Regierung unter Alexandre Ribot umso mehr für die doppelte Krise verantwortlich gemacht. An dieser paradigmatischen Situation der liberalen Mitte ließ sich die Polarisierung des politischen Spektrums besonders eindrücklich zeigen. Die Kritik von links konzentrierte sich auf die Verantwortung für das militärische Desaster und die Meutereien, während die Regierung aus dem rechten Lager dafür angefeindet wurde, den Krieg nicht konsequent genug weiterführen zu wollen. Nach weiteren Regierungswechseln folgte im November 1917 das Kriegskabinett unter Georges Clemenceau; mit dem Ende der Regierungsbeteiligung der Sozialisten wurde die *Union sacrée* in der bisherigen Form praktisch aufgehoben. In der Praxis trat das Parlament hinter die besondere Popularität Clemenceaus zurück, der den Krieg nutzte, um sich als charismatischer Politiker und Verkörperung des Siegeswillens zu etablieren.⁴⁰

Tendenziell setzte sich auch mit Lloyd George Ende 1916 ein ähnlicher Politikertypus in Großbritannien durch. Er profitierte von der Krise der Liberal Party, die sich durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und angesichts der immer stärkeren Einwirkung des Kriegsstaates auf die Wirtschaft entwickelt hatte. Viele liberale Abgeordnete und Labour-Vertreter gingen im Unterhaus auf Distanz zur Regierung Asquith, weil sie die Übermacht des zentralisierenden Kriegsstaates auf immer mehr Bereiche auch des privaten

39 James N. Retallack: *Notables of the Right: The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876-1918*, London 1979; Heinz Hagenlücke: *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches*. Düsseldorf 1997.

40 David Newhall: *Clemenceau: A Life at War*. New York 1992; Jean-Jacques Becker: *Clemenceau: L'Intraitable*. Paris 1998; ders.: *Clemenceau, Chef de Guerre*. Paris 2012.

Lebens fürchteten. Die britischen Konservativen dagegen warfen – wie die republikanische Rechte in Frankreich – der Regierung vor, den Krieg nicht energisch genug zu betreiben. Der regierende Liberalismus schien für „defeatism“ zu stehen. Nachdem Lloyd George das neue Kabinett gebildet hatte, verstärkte er 1917 die Polarisierung durch gezielte Maßnahmen zugunsten derjenigen liberalen und konservativen Abgeordneten, die seinen Kriegskurs unterstützten. Dabei kam ihm das Schreckbild einer unter Pazifismus-Verdacht stehenden Koalition aus Labour und Linksliberalen entgegen. So trugen seine Kampagnen und die Gleichsetzung von „pacifism“ und „defeatism“ ganz enorm zur Spaltung der Liberalen bei.⁴¹

1917 ließ sich die Kriegssituation also in fast allen Kriegsgesellschaften instrumentalisieren, um den Liberalismus politisch in die Defensive zu drängen. Auch in einer weiteren Hinsicht erwies es sich als Schicksalsjahr der Liberalen im Krieg. Denn überall griff nun die Befürchtung um sich, dass der militärische Krieg immer mehr von einem globalen Wirtschaftskrieg begleitet werde, in dem die siegreiche Macht auf lange Sicht mit Waffengewalt ihre ökonomischen Positionen durchsetzen würde. Als Konsequenz wurden in allen kriegführenden Gesellschaften die Grundsätze des Freihandels und der staatlichen Nichtintervention in die Wirtschaft ausgehöhlt. In Großbritannien dominierten wirtschaftspolitisch jetzt die Konservativen, die gegenüber den liberalen Anhängern des Freihandels für Zolltarife eintraten. In Frankreich orientierte sich die Regierung noch stärker an den national bestimmten Interessen der Großindustrie, und in Deutschland entwarf man die Utopie eines möglichst autarken, germanisierten Wirtschaftsraums auf dem Kontinent.⁴²

6. Beschleunigte Desillusionierung: Die Progressivists in den Vereinigten Staaten

Wie unter einem Brennglas ließ sich der Zusammenhang zwischen liberalen Reformervorstellungen und Desillusionierungen auch in den Vereinigten Staaten beobachten. Die liberal-intellektuellen Progressivists standen im April 1917 mitten in den großen innenpolitischen Debatten zum Wesen der amerikanischen Nation und der Frage, was die Einwanderergesellschaft jenseits der Aussicht auf Wirtschaftswachstum und materielle Gewinne für den Einzelnen bedeuten sollte. Der Krieg in Europa konfrontierte auch die Liberalen in den Vereinigten Staaten mit dem eigenen Selbstbild und ihrem Zukunftsentwurf.

41 Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 4), S. 764 f.

42 Ebd., S. 765.

Das betraf vor allem die Rolle des Staates sowie die Möglichkeiten einer liberalen Reformagenda.⁴³

Zum Leitbild der Politiker um Präsident Theodore Roosevelt war nach 1910 das Programm einer „national reconstruction“ geworden, das durch eine institutionelle, politische und kulturelle Erneuerung den Zusammenhalt der amerikanischen Nation wieder stärken sollte. In den Augen vieler Zeitgenossen war er durch den rapiden ökonomischen und sozialen Wandel seit den 1860er Jahren immer weiter erodiert. Ideologisch knüpfte man mit diesem Programm wieder an die Politik der Gründerväter Alexander Hamilton und Thomas Jefferson an: Nationale Stärke setze eine demokratische Gesellschaft voraus. Konkret forderte man, politische und ökonomische Entscheidungen stärker zu zentralisieren und dem Staat dabei eine aktivere Funktion zuzuweisen. Hier wirkte der Kriegseintritt der USA als unmittelbarer Katalysator: Denn in der Organisation der Kriegswirtschaft durch Präsident Wilson deutete sich das Leitbild eines aktiven und regulativen Staates an.⁴⁴

Von der einflussreichen Gruppe der sogenannten Progressivists um John Dewey als Kriegssozialismus, als Sieg organisierter politischer und ökonomischer Planung gefeiert, nahm die amerikanische Kriegswirtschaft Maßnahmen des New Deal unter dem späteren Präsidenten Franklin Delano Roosevelt vorweg. In den Organisationen der Kriegswirtschaft bildete sich, vergleichbar der Entwicklung in Deutschland und anderen europäischen Kriegsgesellschaften, eine Tendenz zu korporativen Entscheidungsstrukturen heraus. Sie basierte auf staatlichen Sonderbehörden und band die wichtigsten industriellen Interessengruppen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften mit ein und erkannte sie damit staatlich an. Zugleich gingen diese Maßnahmen mit einem ideologisch zugespitzten Konzept von „Americanism“ einher. Es enthielt einerseits das Versprechen politischer und sozialer Teilhabe, aber es entwickelte andererseits in der Praxis auch starke Tendenzen eines aggressiven Nationalismus und Vigilantismus gegenüber den „feindlichen Ausländern“.⁴⁵

Die amerikanischen „progressive intellectuals“ um Herbert Croly, Walter Lippmann und John Dewey betonten, ganz im Sinne Max Webers, die Bedeutung der rationalen Organisation für moderne Industriegesellschaften und ihre Repräsentation durch charismatische Führungspersonlichkeiten. Im Blick auf die nationale Integration der amerikanischen Gesellschaft erkannten sie im Krieg eine Chance: Denn die Prämissen der „Good Administration“, die

43 Leonhard: Progressive Politics (wie Anm. 16), S. 115-132; vgl. im folgenden ders.: Büchse der Pandora (wie Anm. 4), S. 704 ff.

44 Hans Vorländer: Hegemonialer Liberalismus. Politisches Denken und politische Kultur in den USA 1776-1920. Frankfurt/M. 1997, S. 195-205.

45 Jörg Nagler: Nationale Minoritäten im Krieg. „Feindliche Ausländer“ und die amerikanische Heimatfront während des Ersten Weltkriegs. Hamburg 2000; Katja Wüstenbecker: Deutsch-Amerikaner im Ersten Weltkrieg: US-Politik und nationale Identitäten im Mittleren Westen. Stuttgart 2007.

Dewey in seinem Buch „Progressive Democracy“ 1915 entwickelt hatte, sollte ab Frühjahr 1917 unter Beweis gestellt werden. Präsident Wilson hatte die Vorbereitung des Kriegseintritts unter das national-integrative Motto einer „military and industrial preparedness“ gestellt. Der Krieg, so die Hoffnung der linksliberalen Reformen, würde die Vereinigten Staaten dazu zwingen, innergesellschaftliche Integration mit staatlich-ökonomischer Rationalität zu verbinden. Diese wissenschaftliche Rationalität verkörpernden Vorstellungen sollten schließlich einen neuen Typus der Demokratie als Auszeichnung der amerikanischen Nation hervorbringen. Aber diese weitgespannten Erwartungen sollten bitter enttäuscht werden: Bereits während des Krieges und erst recht nach 1918 mussten die Vertreter der Progressiven erkennen, dass die amerikanische Variante des Kriegssozialismus eine Episode blieb und sich die mit Wilson verknüpften innen- und außenpolitischen Hoffnungen schnell zerlegten.⁴⁶

Das Nationskonzept der liberalen Intellektuellen in den USA ging nicht, wie etwa die bürgerliche Kriegszieldiskussion in Deutschland, von geopolitischen Annexionsforderungen aus, sondern zielte auf eine soziale und nationale Demokratie und ein neues Konzept von Loyalität für die heterogene amerikanische Einwanderergesellschaft. Die Progressiven setzten sich auch für ein internationales und kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss der Vereinigten Staaten ein, aber ihr primärer Fokus blieb doch die nationale Politik. Lippmann betonte im Februar 1916, erst der Krieg habe den Amerikanern „a new instinct for order and national purpose“ gegeben und damit die Chance für ein „integrated America“ eröffnet. Croly unterstrich die Perspektive eines „national purpose“, durch den jenseits materialistischer Kultur und partikularer Klasseninteressen das Gemeinwohl neu definiert werden sollte. Dieses Nationskonzept sollte sowohl den staatslosen Individualismus der Pionierzeit als auch den einseitig ökonomisch begründeten materiellen Egoismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwinden. Die „New Republic“, Sprachrohr der Progressiven, gab diesen Hoffnungen der amerikanischen Liberalen Ausdruck. Anlässlich des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten im April 1917 hieß es dort: „Never was a war fought so far from the battlefield for purposes so distinct from the battlefield.“⁴⁷

46 Herbert Croly: *Progressive Democracy*, New York 1915, S. 73; Charles Forcey: *The Crossroads of Liberalism: Croly, Weyl, Lippmann, and the Progressive Era 1900-1925*. New York 1961, S. 273-315; Stuart Rochester: *American Liberal Disillusionment in the Wake of World War I*, University Park/Penn. 1977, S. 88-104; Vorländer: *Hegemonialer Liberalismus* (wie Anm. 44), S. 203-204.

47 *The New Republic*, 19. Februar 1916, S. 62-67 und ebd., 21. April 1917, S. 337; Vorländer: *Hegemonialer Liberalismus* (wie Anm. 44), S. 207.

7. Zusammenfassung und Ausblick: Krisensymptome und Reformulierungen des Liberalismus im Kontext des Ersten Weltkriegs
 1. Liberale erfuhren im Ersten Weltkrieg die Mechanismen von Inklusion und Exklusion im Namen von Zugehörigkeit und Loyalität. Dazu gehörten ganz neue Erfahrungen mit der Herrschaft des Verdachts, der Kontrolle, der Überwachung, des Zwangs: Zu den ernüchternden Kriegserfahrungen gehörten die immer engeren Grenzen der pluralen Gesellschaftsvorstellungen und der Privatsphäre des Individuums. Der Krieg wirkte als beschleunigte Erfahrung, wie schnell und relativ leicht sich über Jahrzehnte erkämpfte Grundrechte im Rahmen von Kriegsregimes und Notstandsordnungen suspendieren ließen. Zur Erfahrung des Krieges gehörte für die Liberalen auch die radikale Delegitimierung: von Dynastien und Monarchien, von Nationalstaaten und Empires im Krieg. Innergesellschaftlich wurden soziale und politische Rollen neu verteilt – nach dem zugespitzten Kriterium der Kriegsrelevanz, Nützlichkeit und Effizienz. Schließlich erwies sich der Krieg als Mutter von revolutionären Veränderungen, also der Erfahrung von gewaltsamer Veränderungsdynamik in kurzer Frist im Namen radikaler Ideologien. Daraus resultierte eine neue Konkurrenz von Ordnungsmodellen.
 2. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich spezifische Frontstellungen gegen den Liberalismus, nicht als vereinzelt Kritik, sondern als systematische ideologische Entgegensetzung im Sinne des Antiliberalismus. Dazu gehörte in Deutschland der Fokus auf integrative Gemeinschaftsvorstellungen und Kriegssozialismus oder in Großbritannien die Wirkung von „compulsion“ und „conscription“ im Zeichen eines immer weiter expandierenden Kriegsstaates. Gerade Repräsentanten einer dezidiert unpolitisch apostrophierten Bürgerlichkeit beriefen sich vor und nach 1918 auf den nationalen Gesinnungsbegriff der „Liberalität“, um sich so von demokratisch-partizipatorischen Konnotationen des Liberalismus abzugrenzen. Stellvertretend für viele hob Thomas Mann in seinen vor allem während der letzten beiden Kriegsjahre verfassten „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ein bürgerlich-unpolitisches Verständnis von „Liberalität“ hervor, das er vom ideologischen Gehalt des Liberalismus zu unterscheiden suchte. Sei er „liberal“, so nur „im Sinne der Liberalität und nicht des Liberalismus. Denn ich bin unpolitisch, national, aber unpolitisch gesinnt, wie der Deutsche der bürgerlichen Kultur und wie der der Romantik, die keine andere

politische Forderung kannte, als die hoch-nationale nach Kaiser und Reich“.⁴⁸

3. Aus dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich ein veränderter Begriff der Politik. Max Weber sollte in seiner Grundschrift 1919 über „Politik als Beruf“ die traditionellen Vorstellungen legitimer Herrschaft, die auf Monarchen, Dynastien und Imperien beruhten, historisieren – stattdessen hob er nicht zuletzt gegenüber den Liberalen die Massen und die Demokratie als neue Bedingungsfaktoren der Politik in Nationalstaaten hervor. Und Weber forderte eine neue analytische Qualität und rationale Bestimmung von Politik: „Wer Politik betreibt und wer vollends Politik als Beruf betreiben will, hat sich jener ethischen Paradoxien und seiner Verantwortung für das, was aus ihm selbst unter ihrem Druck werden kann, bewußt zu sein. Er läßt sich... mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltsamkeit lauern... Wer das Heil seiner Seele und die Rettung anderer Seelen sucht, der sucht das nicht auf dem Wege der Politik, die ganz andere Aufgaben hat: solche, die nur mit Gewalt zu lösen sind.“⁴⁹ Aber die Debatte um das Wesen des Politischen barg noch ganz andere Positionen. Die „eigentlich politische Unterscheidung“ sei, so Carl Schmitt 1927, die „von Freund und Feind“. Sie ermögliche erst jene begriffliche Bestimmung, ohne die es keine Kriterien in den Formen, Prozessen und Inhalten der Politik geben könne. Alle politischen Begriffe und Vorstellungen rekurrerten, so Schmitt, auf diese Gegensätzlichkeit, deren „letzte Konsequenz“ sich „in Krieg oder Revolution“ äußere. Wenn aber das Politische auf das Paradigma von Freund und Feind zurückging und der Krieg die „äußerste Realisierung der Feindschaft“ war, dann ließ sich die permanente Möglichkeit des Krieges argumentativ als Voraussetzung des Politischen selbst beschreiben: „Das Politische liegt nicht im Kampf selbst, der wiederum seine eigenen technischen, psychologischen und militärischen Gesetze hat, sondern in einer von der realen Möglichkeit eines Krieges bestimmten Situation und in der Aufgabe, Freund und Feind richtig zu unterscheiden.“ Daher sei eine Welt, in der es gelänge, die „Möglichkeit eines Krieges“ restlos auszuschließen, eine

48 Thomas Mann: Betrachtungen eines Unpolitischen. In: ders., Große Kommentierte Frankfurter Ausgabe, Bd. 12/1, hrsg. von Hermann Kurzke, Frankfurt/M. 2009, S. 108; Jörn Leonhard: Semantische Deplazierung und Entwertung – Deutsche Deutungen von *liberal* und *Liberalismus* nach 1850 im europäischen Vergleich. In: *Geschichte und Gesellschaft* 29/1 (2003), S. 5-39.

49 Max Weber: Politik als Beruf. In: ders.: Gesammelte politische Schriften, hg. von Johannes Winckelmann. 2. Aufl. Tübingen 1958, S. 493-548, hier S. 545; Herfried Münkler: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz: ND Frankfurt/M. 2004, S. 299; Sabine Marquardt: *Polis contra Polemos. Politik als Kampf* begriff der Weimarer Republik. Köln 1997.

„Welt ohne die Unterscheidung von Freund und Feind und infolgedessen eine Welt ohne Politik“.⁵⁰

4. Liberale in Deutschland mussten im Verlauf des Krieges und danach erleben, wie ihr tradiertes Deutungsmonopol für die Grundbegriffe „Nation“ und „Bürgertum“ durch den Krieg fundamental erschüttert worden war. Demgegenüber blieben „society“ und „individual“ lange Zeit relativ stabile Referenzen für die britischen Liberalen. Aber selbst ein so prominenter Vertreter des reformorientierten New Liberalism in Großbritannien wie John Atkinson Hobson, der noch 1916 das Ideal des organischen britischen Liberalismus gegen die Staatszentriertheit Preußens betont hatte, war sich 1918 darüber im Klaren, dass es nach dem Krieg keine einfache Rückkehr in die Welt des Vorkriegs-Liberalismus geben könne. Das zeige jeder Blick auf den Staat: „Nobody can seriously argue that at the end of the war... the State will or can return to pre-war conditions and the competitive laissez-faire which prevailed over wide fields of industry and commerce“.⁵¹ Obgleich Hobson die Übergriffe gerade des britischen Kriegsstaates kritisierte, musste er zugeben: „Any sudden lapse from the State Socialism of war-time, with its enormous governmental control of engineering, agriculture, mining, transport and other vital industries... into the pre-war conditions, would spell disorder and disaster. The State must continue to retain a large proportion of this control and this spending power, if unemployment, industrial depression, a fall of wages and something like social revolution are to be averted.“⁵² Solche Positionen spiegelten die Differenz von Erwartungen und Erfahrungen von Liberalen im Ersten Weltkrieg wider. Nachdem in den Vereinigten Staaten der Kriegseintritt zunächst die Reformhoffnungen der Progressivists um Walter Lippman, Walter Weyl und Herbert Croly und ihre Kritik an der Anti-Staats-Ideologie des radikalen Wirtschaftsliberalismus beflügelte, machte sich bald Ernüchterung breit. Denn obwohl es den regulativen Zentralstaat nun in zahlreichen neugeschaffenen Institutionen wie dem War Industries Board, dem National War Labor Board oder der Food Administration gab, ging dies zugleich mit einer Praxis der Exklusion vermeintlicher Verräter und feindlicher Ausländer einher, die dem liberalen Credo der Vielfalt und Toleranz widersprach. Das Kriegsende bedeutete nicht nur das Ende der Experimente mit

50 Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen (1927). Hamburg 1933, S. 7, 13 und 15-18; Ernst Wolfgang Böckenförde: Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts. In: Heinz Quaritsch (Hrsg.): *Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt*. Berlin 1988, S. 283-299; Leonhard, *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 1008 f.

51 John Atkinson Hobson: *Capital, Labor, and the Government*, zitiert nach: *Freedon: Liberalism Divided* (wie Anm. 31), S. 28.

52 John Atkinson Hobson: *Democracy After the War*, London 1917, S. 164 f.; *Freedon: Liberalism Divided* (wie Anm. 31), S. 42.

einem proaktiven Staat, sondern auch den Rückfall in nationale Abschließung.⁵³

5. Langfristig geriet durch den Krieg also nicht nur das liberale Politikmodell unter Druck, sondern auch das plurale Gesellschaftsbild. Gegen die konstitutionell-parlamentarische Praxis konnte man argumentieren, dass moderne Staaten im Krieg allein durch bürokratisch-militärischen Sachverstand, durch Experten und Fachleute, überleben konnten. Die Rekonfiguration von vormodernen Gemeinschaftsidealen, die man nach 1918 gegen den Liberalismus wandte, verband sich nach dem Krieg mit dem Rückgriff auf moderne Techniken: Die plurale Gesellschaft erschien als atomistisch. Jetzt sollten Sozialingenieure, die den Krieg als Möglichkeitsraum erfahren hatten, etwa in der pronatalistischen Praxis der französischen Regierung, ein zunehmendes Gewicht bekommen.
6. Aber es gab auch andere Wirkungen und Ansätze für eine Reformulierung des liberalen Paradigmas. So schufen Kriegsende und Revolution für Ernst Troeltsch eine neue Situation. Die Distanzierung von seinen Positionen zu Kriegsbeginn setzte bereits in den Spectator-Briefen mit der Hoffnung an, der Ausgang des Weltkrieges werde auch das „Ende des Militarismus“ bedeuten.⁵⁴ In den Vordergrund rückte nun die Stabilisierung der neuen demokratischen Republik und die entscheidende Frage, wie vor dem Hintergrund der Traumatisierung des deutschen Bildungsbürgertums, das sich als der eigentliche Träger und Garant des 1871 begründeten Nationalstaates empfunden hatte und 1918 vor den Trümmern des Kaiserreichs und in gewisser Weise seiner eigenen Geschichte stand, eine Aussöhnung mit der demokratischen Republik gelingen konnte. Dabei erwiesen sich Friedrich Naumanns Versuche um eine positive Renaissance des Demokratie-Begriffes, in dem er Liberalismus und Sozialismus politisch verbunden sehen wollte, zumindest bei Troeltsch als erfolgreich. 1919 wählten er und Walter Rathenau die Bezeichnung Demokratischer Volksbund, um ganz in der Tradition der bürgerlichen Sammlungspolitik einen politischen Neuanfang unter republikanischen Zeichen hervorzuheben. Das Ziel bestand in der Sammlung aller bürgerlichen Reformkräfte unter Einschluss der Mehrheitssozialdemokraten zur Abwehr der politischen Extreme von „Bolschewismus“ und „Faschismus“. Das politisch-soziale Programm, konzipiert von Rathenau, markierte bereits eine weitestgehende Abkehr von den „Ideen von 1914“ und rekurrierte eher auf eine durch den Krieg veränderte

53 Leonhard: BÜchse der Pandora (wie Anm. 4), S. 868-872.

54 Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1924. Tübingen 1924, S. 1; vgl. im folgenden Jörn Leonhard: „Über Nacht sind wir zur radikalsten Demokratie Europas geworden“ – Ernst Troeltsch und die geschichtspolitische Überwindung der Ideen von 1914. In: Friedrich Wilhelm Graf (Hrsg.): „Geschichte durch Geschichte überwinden“. Ernst Troeltsch in Berlin. Gütersloh 2006, S. 205-230.

Tektonik zwischen Staat, Gesellschaft und organisierten Interessen sowie eine institutionalisierte Garantie von sozialen Teilhaberechten.⁵⁵

Troeltschs Antwort auf die neue Situation, die er gemäß einer von Max Weber beeinflussten rationalen Wahrnehmungsstrategie als „Sachlage“ charakterisierte, auf ihre Notwendigkeiten aber auch die durch sie vergrößerten Handlungsspielräume, setzte auf eine geistige Regeneration, auf die Mobilisierung sozialmoralischer Ressourcen, wo auf andere zunächst nicht zu hoffen war. Zu Beginn der Verfassungsberatungen der Nationalversammlung betonte er: „Das Werk Bismarcks muss erneuert und ersetzt werden, ohne den Hintergrund einer starken, realen Macht, ganz wesentlich mit Hilfe rein ideeller Kraftquellen.“⁵⁶ Deutschland sei von einer neuen „Fülle der Gegensätze“ bedroht, die an die Situation nach 1648 erinnere, und die nur im Zeichen einer Anknüpfung an die positiven Ideale von 1848 und deren konsequenter Weiterentwicklung überwunden werden könne. „Über Nacht“ sei Deutschland „zur radikalsten Demokratie Europas“ geworden, so Troeltsch in einem Vortrag vor dem Demokratischen Studentenbund am 16. Dezember 1918. Aber er machte sofort klar, dass diese krisenhafte Transformation sich nicht allein aus dem Zusammenhang von Kriegsniederlage und Revolution ergeben habe, sondern Konsequenz langfristiger Strukturveränderungen sei: „Bedenkt man es genauer, dann ist es freilich doch nicht so ganz über Nacht geschehen. Die Demokratie ist die natürliche Konsequenz der modernen Bevölkerungsdichtigkeit, verbunden mit der zu ihrer Ernährung notwendigen Volksbildung, Industrialisierung, Mobilisierung, Wehrhaftmachung und Politisierung.“⁵⁷

Die zweite radikal-sozialistische Revolution von 1918/19 vehement ablehnend, plädierte Troeltsch dafür, die politischen Ideale des Liberalismus von 1848 im Hinblick auf die neu eingetretene Situation zur sozialen Demokratie fortzuentwickeln: Die Demokratie sei heute „das einzige Mittel, die umgekehrte Klassenherrschaft, die Herrschaft des Proletariats, in die Bahnen einer gesunden und gerechten Staatsbildung hineinzuführen und den gesunden Kern eines staatserhaltenden Sozialismus zu retten“. Die Demokratie sei in Deutschland eben kein bloßes „Erzeugnis der Doktrin“, sondern ein „Ausdruck der wirklichen gesellschaftlichen, durch Krieg und Niederlage klar aufgedeckten und wirksam gewordenen Sachlage“. Das aber bedeute, dass „sie anders als die rein bürgerliche Demokratie von 1848 nicht auf Verwirklichung von bloßen politischen Formen ausgehen kann und darf, sondern zugleich ein beginnender

55 Gangolf Hübinger: Einleitung: Ernst Troeltsch und die Gründungsgeschichte der Weimarer Republik. In: Ernst Troeltsch: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918-1923), hrsg. von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Johannes Mikuleit. Berlin 2002, S. 1-52, hier S. 6.

56 Ernst Troeltsch: Nationalgefühl (Februar 1919). In: Ebd., S. 55-59, hier: S. 56 und 59.

57 Ders.: Demokratie (August 1919), In: Ebd., S. 207-224, hier S. 211.

Umbau der sozialen Ordnung sein muß... Es kann sich nicht bloß um eine rechtlich und ethisch gedachte ‚Formaldemokratie‘ handeln“.⁵⁸

Auch in einer weiteren Hinsicht kam es bei Troeltsch zu einer bemerkenswerten Neupositionierung. Wo es im Krieg noch um die Distanzierung von der westeuropäischen Aufklärung und die Abqualifizierung englischen Materialismus und französischer Zivilisation gegangen war, die erst zur Einkreisung und zum Kulturkrieg gegen Deutschland geführt hätten, stand jetzt der Versuch der Synthese überstaatlicher und transnationaler Ideenmuster und die Suche nach den Berührungen zwischen deutscher und europäischer Kulturgeschichte. Der kontrastierende Vergleich, der den „Ideen von 1914“ zugrundegelegen hatte, wurde ersetzt durch den Blick auf Transfers und Verflechtungen. Dem galt vor allem Troeltschs programmatische Grundschrift über „Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik“ von 1922.⁵⁹ Das musste auch der Verfasser der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ anerkennen, der um 1922 selbst auf der Suche nach einer Brücke zur demokratischen Republik war. Thomas Mann anerkannte Troeltschs Einsatz für eine „Wiederannäherung des deutschen Gedankens an den mit bestimmten religiösen und ideologischen Elementen unseres Kulturkreises unlöslich verbundenen westeuropäischen“. Mit einem Anflug selbstkritischer Ironie fügte Mann hinzu: „Was... hier von einem gelehrten Denker mit stärkender Bestimmtheit ausgesprochen wurde, das war, gefühlswise, als dunkle Gewissensregung, seit Jahr und Tag in manchem Deutschen lebendig gewesen – in solchen vielleicht sogar, die im Zauberberge des romantischen Ästhetizismus recht lange und gründlich geweiht.“⁶⁰

58 Ebd., S. 215 und 219.

59 Ernst Troeltsch: Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik (April 1923). In: ebd., S. 477-512.

60 Thomas Mann: Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik. In: Frankfurter Zeitung, 25. Dezember 1923. Zitiert nach ders.: Gesammelte Werke in dreizehn Bänden Bd. 12. Frankfurt/M. 1974, S. 627 ff.